

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt am Main 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 48, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a. M., 10. März 1949.

Seite 1

Sie lesen heute:

Aus der Union

Die Landesverbandsvorsitzenden der CDU/CSU Westdeutschlands und Berlins und führende CDU-Politiker befaßten sich in Königswinter mit den Vorbereitungen für die Wahl zum kommenden Volkstag. - Die Meldung, daß der Zonen-ausschuß der CDU der britischen Zone für den 9. März nach Königswinter einberufen worden sei, trifft nicht zu.

Nach einer Meldung der "Süddeutschen Zeitung" werden die Bezirksvorsitzenden der CSU am 12. März auf Initiative des Vorsitzenden des Bezirks Oberfranken, Kergenröder, in Ingolstadt die Frage der Neuwahl des Parteivorsitzenden beraten.

Steuer und Finanzen

Finanzminister Dr. Hilpert (CDU) erklärte auf einer Sitzung des Länderrates, der von der Verwaltung für Finanzen erhobene Plan, die Vermögenssteuer im Jahre 1949 nicht zu erheben, sei endgültig fallen gelassen worden.

Kommunalpolitik

Mit 17 Stimmen der SPD und KPD gegen 16 Stimmen der CDU wurde Dr. Paulus Skopp (SPD), zuletzt Wirtschaftsredakteur des "Neuen Vorwärts" in Hannover, zum Oberbürgermeister von Speyer gewählt. In der Geschichte der Stadt hat damit zum ersten Male ein Sozialdemokrat den Posten des Oberbürgermeisters inne.

Bodenreform

Ein britischer Sprecher in Berlin teilte mit, daß die britische Militärregierung für die Länder Niedersachsen, Hamburg und möglicherweise auch Nordrhein-Westfalen ein Gesetz über die Bodenreform erlassen werde. Als Begründung wird angegeben, daß die Regierungen dieser Länder den ihnen von den britischen Behörden gesetzten Termin (1. März) für den Erlass eigener Bodenreformgesetze ungenützt verstreichen ließen.

Grenzlandfragen

Die Grenzlandausschüsse von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz werden am 28. März zu einer Tagung zusammentreten, um gemeinsam zu den Gebietsforderungen der westlichen Nachbarländer Stellung zu nehmen.

Wirtschaftspolitik

Der Landtag von Rheinland-Pfalz wird sich in Kürze mit dem Entwurf eines neuen Preistreiberei-Gesetzes befassen, das eine vollkommene Rechtsangleichung an die Bizone herbeiführt.

In einer am 3. März 1949 in Ahrweiler/Eifel stattgefundenen und aus allen Teilen des Kreises stark besuchten Kreisdelegiertentagung äußerte sich Ministerpräsident Altmeier in einem eingehenden Referat über die derzeitigen Probleme des Landes und der großen Politik. Er zeichnete - oft von der Zustimmung der Delegiertentagung begleitet - ein zutreffendes Bild von der politischen Entwicklung seit dem Zusammenbruch und beschäftigte sich eingehend mit den derzeitigen Fragen der Wirtschaft, der Demontage und der Grenzberichtigungen. Im Zusammenhang damit streifte er seinen Pariser Besuch und unterstrich die Wichtigkeit solcher Gespräche, damit Deutschland und Frankreich zusammenkommen, weil dies die erste Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden darstelle.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich der Ministerpräsident mit den Arbeiten des Parlamentarischen Rates und mit den kulturellen Forderungen, die in der Verfassung von Rheinland-Pfalz niedergelegt wurden, und deren Anerkennung durch die CDU auch im Grundgesetz verlangt würde. Das Christentum sei der einzige Damm gegen jeden Staatsabsolutismus, gleich welcher Prägung. In den kommenden Monaten, die uns vor große Aufgaben stellen, wird jeder daran mitzuwirken haben, die christlichen Kräfte unseres Volkes zusammenzufassen, um eine Befriedung im eigenen Volke und in Europa herbeizuführen.

Der Vorsitzende unterstrich mit der begeisterten Zustimmung der Versammlung die richtungweisenden Ausführungen des Ministerpräsidenten und verband damit die Versicherung, hinter ihm und seinem aufbauenden Werk zu stehen.

Kulturpolitik

Zeitungskrise in Niedersachsen
=====

Nach dem vor 14 Tagen die linksdemokratisch-pazifistische Wochenzeitung "Das Andere Deutschland" sein Erscheinen einstellte, ist mit Wirkung vom 2.3.1949 auch die der FDP nahestehende hannoversche Zeitung "Abendpost" eingegangen. Die tieferen Gründe zur Einstellung des "Anderen Deutschland" liegen in Differenzen des Verlegers Fritz Küster mit der SPD-Reichsleitung. "Das Andere Deutschland" war seit der Währungsreform weitgehend vom SPD-Verlag Hannoversche Presse finanziell abhängig geworden.

Die "Abendpost" hatte im Gegensatz zu anderen Tageszeitungen seit der Währungsreform einen übermäßig hohen Aufwand vorgenommen. Ihr Verhältnis zur FDP, der sie ehemals nahestand, war immer mehr getrübt worden, sodaß aus dieser Richtung keinerlei Unterstützung kam. Seit mehreren Wochen laufende Verhandlungen mit dem Ziele der Übernahme des Verlages durch den Verlagsinhaber des im Jahre 1944 eingegangenen "Hannoverschen Anzeigers" waren vom Presse-Ausschuß des Landes Niedersachsen, in dem die SPD eine maßgebliche Rolle spielt, nicht genehmigt worden. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß einem im Dritten Reich tätig gewesenen Zeitungsverleger eine Lizenz nicht erteilt werden könne.

In diesem Zusammenhange ist auch von Interesse, daß der stellvertretende Pressereferent des Landes Niedersachsen, Robert Botzat, fristlos aus den Diensten der Staatsregierung ausgeschieden ist. Botzat hatte über den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Gereke und einige parteinterne Verhältnisse in hessischen Blättern unrichtige Angaben gemacht. Es erschien untragbar, künftig noch einen Pressereferenten zu beschäftigen, der nebenbei Berichterstatter auswärtiger Zeitungen war und bei dem nicht nachzuweisen war, ob er diese Berichte nicht aus seiner amtlichen Tätigkeit herleitet.

SPDFraktionszwang und Überzeugung
=====

Ein politisches Bekenntnis muß in einem deutschen Parlament von heute nicht unbedingt mit der politischen Erkenntnis übereinstimmen. Der Bonner Fraktionschef der SPD, Professor Carlo Schmidt, mußte es sich gefallen lassen, daß ihn die Redner der "Deutschen Wählergemeinschaft" am letzten Sonntag in der Frankfurter Paulskirche als ein Opfer des Fraktionszwanges hinstellten. Denn, so legten u.a. der Heidelberger Rektor Prof.Dr.Karl Geiler und der Herausgeber der "Wandlung" Dolf Sternberger dar, Schmidts Entscheidung für die Verhältniswahl bei der Abstimmung des Parlamentarischen Rates stand im klaren Widerspruch zu seiner eigenen, mehrfach geäußerten Überzeugung. Das Verhängnis des Fraktionszwanges ist aber eine zwingende Folge der Verhältniswahl; Abgeordnete, die es nicht ihrem persönlichen Ansehen, sondern den taktischen Erwägungen des Parteibüros verdanken, daß sie aus der Liste ins Parlament hineingerechnet worden sind, werden sich immer in erster Linie dem Parteibüro und nicht dem Willen der Wähler verantwortlich fühlen. Carlo Schmidt dürfte nicht das einzige Mitglied der Bonner SPD-Fraktion gewesen sein, dessen Gewissen sich den Parteiinteressen beugen mußte. Sein Parteifreund Dahrendorf, Abgeordneter im Frankfurter Wirtschaftsrat, hat ein rückhaltloses Bekenntnis zum Mehrheitswahlrecht abgelegt, ebenso Ministerpräsident Lüdemann von Schleswig-Holstein. Wie hätten sich aber diese Bekenner verhalten, wenn sie sich bei der Abstimmung in Bonn als Mitglieder der SPD-Fraktion hätten entscheiden müssen? Diese Frage zu beantworten, fällt schwer. Man möchte nicht bezweifeln, daß ein Mann bereit ist, für seine Überzeugung geradezustehen. Doch hat man Hemmungen, sie rückhaltlos positiv zu beantworten, positiv im Sinne der Gewissensfreiheit (nicht im Sinne der Parteibürokratie), da Carlo Schmidt für seine Person eine negative Antwort gegeben hat.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr.64.
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.
Gedruckt in der Redaktion des DUD, Frankfurt a.M., III/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
